„Der Courier"
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25, drei Monate 75 Cents.
Für Ver. Staaten: Ein Jahr $2.50; 6 Monate $1.50.
Für übrige Ausland: Ein Jahr $3.50; sechs Monate $2.00; drei Monate $1.00.
Reklame kostet 90c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechenden Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", u. s. w.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Der Courier

Organ der deutschsprechenden Canadier.

DER COURIER
The Organ of the German-speaking Settlers in the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by The Western Printers Association Ltd., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Canada.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. Ehmann, Managing Director.
— Advertising Rates upon Application. —

Bismarcks Entlassung

Ein historischer Rückblick von Dr. Paul Grabein.

Am 20. März jährte sich zum vierzigsten Male der für Deutschlands Geschicke so verhängnisvolle Tag, an dem Fürst Bismarck aus seinem Amte schied. Die Ursache zu seiner Entlassung war die schon lange bestehende Entfremdung zwischen Kaiser und Kanzler. Hier spielte sich eine Schicksalstragödie ab, deren Verlauf nicht aufzuhalten war. Der jugendliche Kaiser mit seiner impulsiven Art, mit seinem Bedürfnis, selbständig zu regieren, mußte unausbleiblich mit dem Eisernen Kanzler zusammenstoßen, dem es seinerseits nicht gegeben war, mit Höflingsklugheit und geschmeidigem Nachgeben dem Kaiser gegenüber und vor der Oeffentlichkeit den Anschein zu erwecken, als ob der Monarch regiere, während er — Bismarck — in der Tat der Führer blieb. Den letzten Anlaß zur Verabschiedung des Fürsten gab die schwerwiegende Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und Kaiser Wilhelm II. über die soziale Frage, die damals heraufdrängte. Der Kaiser war entschlossen, sie friedlich durch Nachgeben zu lösen. Bismarck glaubte nicht an die Möglichkeit, die einmal erwachte Begehrlichkeit, den Willen zur Macht in den Arbeitermassen durch einige wohlwollende Zugeständnisse zu befriedigen; sie konnten nur mit Gewalt niedergedrückt werden. Daran hielt er starr fest, ein Konflikt mit dem Kaiser war also unabwendbar.

Am 24. Januar 1890 befahl der Kaiser jenen berühmten Kronrat, der den Stein ins Rollen brachte. Der Monarch verlangte von seinen Ministern sofortige Vorlage zweier Erlasse, die Sozialreformen verhießen. Bismarck widersetzte sich dem mit aller Gewalt seiner wichtigen Persönlichkeit, erreichte aber nur das Zugeständnis des Kaisers dazu, daß die bedeutungsvolle Angelegenheit zunächst innerhalb des Ministeriums ordnungsgemäß beraten werden sollte.

Hierauf kam die Frage der Erneuerung des im letzten Herbste abgelaufenen Sozialistengesetzes zur Erörterung. Auch hier wieder stießen die Meinungen von Kaiser und Kanzler hart aufeinander. Bismarck drängte zu einer Politik der Gewalt, selbst auf die Gefahr hin, daß es zu blutigen Auseinandersetzungen mit den erregten Arbeitermassen kommen sollte. Hiergegen verwahrte sich der Kaiser; er dürfe es nicht gleich zu Anfang seiner Regierung zu einer Lage kommen lassen, in der Blut fließen könne. Das würde ihm nie verziehen werden. Da der Kaiser trotz mehrfacher Vorstellungen Bismarcks bei seiner Forderung beharrte, sprach der Fürst noch ein letztes Mal und schloß mit den folgenschweren Worten: „Wenn Eure Majestät meinem Rat keine Bedeutung mehr beimessen, so weiß ich nicht, ob ich dann noch am Platz bin." Hierauf bemerkte der Kaiser, zu dem Minister des Inneren v. Bötticher gewandt: „Dadurch werde ich in eine Zwangslage versetzt." Im Augenblick zog er aber hieraus noch nicht seine Konsequenzen.

Nun begann eine Zeit schwerster innerer Kämpfe für den Fürsten Bismarck. Wie er sich in diesen Tagen zu dem Bayerischen Gesandten in Berlin, dem Grafen Lerchenfeld, vertraulich äußerte, fühlte er längst, daß er dem Kaiser als ein stets widersprechender Mentor lästig geworden sei. Der Kaiser wollte nur Leute, die ihm zu Gefallen sprächen, und glaube, alles selber machen zu können. Er werde aufatmen, wenn er ihn, Bismarck, los sei. Gleichwohl glaubte der Fürst im Interesse des Vaterlandes auf seinem Posten bis zum Letzten ausharren zu sollen.

Am 31. Januar fand die Beratung des Staatsministeriums über die vom Kaiser geforderten Erlasse statt. Offenbar um einer Beeinflussung der Minister durch Bismarck vorzubeugen, erschien der Kaiser unangemeldet in der Sitzung. So kam es entgegen dem von Bismarck vertretenen Standpunkt zu dem Beschluß, die Erlasse zu veröffentlichen. Angesichts der Sachlage erklärte sich der Fürst zwar bereit, die Erlasse zu redigieren, verweigerte aber ihre Gegenzeichnung. Am 4. Februar wurden die Erlasse, die bekannte kaiserliche Botschaft über die Sozialreformen, veröffentlicht — in der Tat ohne Gegenzeichnung des Kanzlers, was entsprechendes Aufsehen erregte.

Die steigende Zurückhaltung des Kaisers veranlaßte Bismarck, es diesem gegenüber am 8. Februar noch einmal offen auszusprechen, daß er fürchte, ihm im Wege zu sein. Als der Kaiser hierzu schwieg, die Frage also bejahte, deutete Bismarck seine Absicht an, sich von seinen preußischen Aemtern, wo die Hauptkonfliktstoffe lagen, auf das „Altenteil des Auswärtigen" zurückzuziehen. Der Kaiser nickte zustimmend und bat nur, ihm noch die bevorstehenden Militärforderungen durchbringen zu helfen. Bismarck erklärte sich hierzu bereit und schlug vor, seinen Rücktritt aus den preußischen Aemtern bis zum Tage der Reichstagswahlen am 20. Februar hinauszuschieben, um diese nicht zu gefährden, womit der Kaiser einverstanden war. Als ihm Bismarck aber einige Tage später nach reiflicher Ueberlegung für zweckmäßig erklärte, mit seinem Abschied noch warten zu wollen, bis entscheidende Abstimmungen im Reichstag erfolgt seien, also etwa bis Mai oder Juni, sagte der Kaiser sehr enttäuscht: „Dann bleibt also alles beim alten!"

Der Zustand starker Spannung zwischen Kaiser und Kanzler blieb in den nächsten Wochen unverändert. Am 25. Februar hielt Bismarck dem Kaiser Vortrag über die gegenüber den zu erwartenden Streiks und Ausschreitungen zu beobachtende Politik, eine solche der Festigkeit, und glaubte, nach dem Verhalten des Kaisers seiner Zustimmung sicher zu sein. Schon 14 Tage später wurde er aber in schroffster Form vom Gegenteil überzeugt. Gelegentlich eines Vortrages empfahl ihm der Kaiser eine freundlichere Behandlung Böttichers. Bismarck erwiderte, indem er nach seinen eigenen Worten Böttichers „Insubordination und Falschheit" beleuchtete. Kaum hatte er das Schloß verlassen, so sandte der Kaiser dem Minister v. Bötticher mit einem sehr gnädigen Brief den Schwarzen Adler-Orden. Seit diesem Tage zeigte der Kaiser Bismarck gegenüber bei den Vorträgen eine so schroffe Haltung, daß seine Absicht, den Fürsten zu einem Abschiedsgesuch zu drängen, sich nicht mehr verkennen ließ. Bismarck war jedoch entschlossen, sich bis zum Aeußersten selber zu verleugnen und damit die Schuld an dem Bruch dem Kaiser zuzuschieben. Er übersah also die verletzende Art des Kaisers, bis sich die Lage unerträglich zuspitzte.

Am 14. März bat Bismarck den Kaiser in wichtiger Sache um Gelegenheit zum Vortrag, blieb aber ohne jede Antwort. Am anderen Morgen um 9 Uhr — der Fürst fand bekanntlich erst spät Schlaf und ruhte dann bis in die späteren Morgenstunden — wurde Bismarck mit der Meldung aus dem Schlafe geweckt, daß der Kaiser eine Stunde später seinen Vortrag im Auswärtigen

(Fortsetzung auf Seite 17)

Der amerikanische Botschafter in Berlin über den deutschen Tonfilm

Der neue amerikanische Botschafter in Berlin, Mr. Frederic M. Sackett, hat der deutschen Industrie seinen ersten Besuch abgestattet. Bei der Rolle, welche die Filmindustrie in Amerika als Wirtschaftsfaktor spielt, ist es nicht verwunderlich, daß Mr. Sacketts erste Besichtigung den Filmanlagen der Ufa in Neubabelsberg galt.

Der Botschafter, der von seiner Gattin, dem ersten Botschaftssekretär Kliefoth, den Handelsattaches Lawrence Groves und Douglas Miller und dem europäischen Vertreter der Hays-Organisations, Mr. Smith, begleitet wurde, besichtigte zunächst die neuen Tonfilmateliers der Ufa, deren technische Einrichtungen er ehrlich bewunderte.

Nach dem Rundgang sahen die Gäste die englische Version des großen Ufaton-Schlagers „Liebeswalzer" und einige Teile der englischen Fassung des ersten Emil Jannings-Tonfilms „Der blaue Engel". Der Botschafter und seine Gattin sowie die übrigen Gäste waren aufrichtig erstaunt über das hohe Niveau der deutschen Tonfilme wie auch über die Vollkommenheit von Aufnahme und Wiedergabe. Am Schluß der Vorführung applaudierten der Botschafter und seine Gesellschaft lebhaft.

Mr. Sacket äußerte sich dann über das Gesehene und Gehörte in überaus anerkennenden Worten und stellte den deutschen Tonfilmen dieser Art in Amerika einen ganz ungewöhnlichen Erfolg in Aussicht. Auch erkannte er offen an, daß das Gesehene in keiner Beziehung hinter den amerikanischen Tonfilmen zurückstehe. Mr. Smith, der europäische Vertreter der Hays-Organisation, des allmächtigen Verbandes der amerikanischen Filmindustrie, schloß sich diesen Worten rückhaltslos an.

Interessantes Allerlei

Briten verkaufen Kriegsschiff-Flaggen

Die Flaggen von 28 britischen Kriegsschiffen, darunter diejenigen von fünf Schiffen, die an der Schlacht am Skagerak teilnahmen, stehen zum Verkauf. Die Preise betragen von einem Pfund ($4.86) bis dreißig Schilling ($7.20), und nur Seeoffiziere oder Beamte von Marine-Depots sind als Käufer zugelassen.

Diese Methode der Disponierung von Fahnen, die im Kriege am Maste britischer Kriegsschiffe flatterten, hat scharfe Kritik in der Oeffentlichkeit ausgelöst. „Sicherlich", erklärt ein Blatt, „gibt es genug nackte Wände in Depots, Kasernen, Krankenhäusern und anderen Marine-Anstalten, die diese großen Farben aufnehmen können.

Forschungsarbeit in der deutschen Großeisenindustrie

Welche Bedeutung man heute in der deutschen Eisenindustrie den Fragen der Forschungsarbeit und der damit verbundenen Qualitätsprüfung beimißt, ist daraus zu ersehen, daß der Ausbau der Forschungseinrichtungen auf den deutschen Hüttenwerken gerade in letzter Zeit erhebliche Fortschritte gemacht hat. So hören wir, daß das Forschungsinstitut der Vereinigten Stahlwerke A. G., der bei seiner umfassenden Produktion gerade der Hebung der qualitativen Leistungen immer größere Aufmerksamkeit schenkt, besitzt heute über 150 verschiedene wissenschaftliche Laboratorien und Prüfstellen, in denen über 1500 Arbeitskräfte beschäftigt werden. Für die Leistung dieser Anstalten mag der Hinweis dienen, daß in ihnen etwa 32,600 Einzeluntersuchungen täglich durchgeführt werden. Da die Tagesproduktion des Konzerns an Fertigstahl durchschnittlich 22,000 Tonen beträgt, entfallen demnach auf je 1000 Tonnen Stahl rund 1500 Einzeluntersuchungen.

Dreyfuß als Schachfigur Lord Fischers

Eine jüngst veröffentlichte Biographie Admiral Bacons über Lord Fischer enthält u. a. sensationelle Angaben über geplante Operationen der englischen Flotte für den Fall eines Krieges mit Frankreich im Anschluß an die berüchtigte Faschodakrise. Lord Fischer befehligte damals ein vor der canadischen Atlantikküste manövrierendes englisches Geschwader und hatte den Auftrag, bei Ausbruch der Feindseligkeiten die zu Frankreich gehörigen Inseln bei Neu-Fundland und an der westindischen Küste sofort zu besetzen. Auch die Französisch-Guiana vorgelagerte Teufelsinsel gehörte zum engeren Operationsgebiet Lord Fischers. Sie besaß für die Engländer zwar keine besondere strategische Bedeutung, wohl aber eine hervorragende politische durch die Anwesenheit des unschuldig dorthin verbannten Kapitäns Dreyfuß. Der Plan Fischers ging nun dahin, Dreyfuß, dessen „Affaire" damals noch in frischer Erinnerung war, unverzüglich an Bord eines britischen Kreuzers zu nehmen und ihn heimlich an der französischen Küste als geschworenen Gegner der Regierung abzusetzen. Die französischen Unterwasserkabel sollten zu diesem Zweck zerstört werden. Die Teufelsinsel wollte man durch einen kühnen Handstreich erobern und Dreyfuß bei dieser Gelegenheit in Schutzhaft nehmen. Doch kam es zu keinem Ausbruch der Feindseligkeiten.

Tschechische Sprachenschikanen im deutschen Eger

Mit welcher Willkür die Tschechen sogar im deutschen Sprachgebiet den deutschen Beamten und Angestellten gegenüber vorgehen und sich dabei rein von nationalistischen Gesichtspunkten leiten lassen, das zeigt u. a. ein Vorfall, der sich vor einigen Wochen in Eger ereignete. Dort erhielten dreißig Beamte und Bedienstete der Eisenbahn drei Tage vor Weihnachten die Nachricht, daß sie ihre tschechische Sprachprüfung noch einmal abzulegen hätten. Alle Beamten hatten die Prüfung bereits hinter sich. Den schriftlichen Teil der neuen Prüfung legte man menschlichkeitshalber auf den Heiligen Abend, um den betreffenden Familien eine besondere Weihnachtsfreude zu machen. Bei den Prüfungen sind 13 Bedienstete durchgefallen. Die Folgen sind Herabsetzung ihrer Qualifikation und Aufhören jeder Möglichkeit, im Dienste weiter vorzurücken. Eine derartige Methode ist um so schlimmer, als die Bediensteten ohnehin recht unzulängliche Bezüge haben und das ganze Vorgehen wahrscheinlich nur auf eine höhere Weisung zurückgeht.

Deutsche Flugpost nach Südamerika

Cadiz, Spanien. — Das deutsche Flugboot „Bremerhaven" ist von hier nach Las Palmas auf den Kanarischen Inseln abgeflogen, wo es sieben Stunden später eintraf.

Die Deutsche Lufthansa hat den Plan, einen Postdienst von Berlin nach Südamerika über die Kanarischen Inseln zu schaffen. Von den Inseln soll die Post auf Dampfern nach Südamerika gebracht werden, wo sie dann von Flugzeugen der Condor-Gesellschaft aufgenommen u. nach Buenos Aires und anderen südamerikanischen Städten gebracht wird.

Drei von den mit vollem Recht beliebten Produkten aus reinem canadischen Gerstenmalz und dem feinsten importierten Hopfen.

Regina Beer
Black Hawk Ale
Velvet Stout

Jedes ist in seiner Art ein durchaus bekömmliches Malzgetränk, das von jedem, der Qualitäts-Bier und Ale kennt, als ein Triumph der Braukunst anerkannt ist.

Regina Brewing Co. Ltd.
Regina, Canada

Wiederaufbau im deutschen Osten

Von Dr. Franz Lüdtke, Präsident des Deutschen Ostbundes.

Sechs deutsche Ostprovinzen wurden durch das Versailler Diktat zerschlagen, vier davon: Ostpreußen, Westpreußen, Posen und Schlesien, waren unmittelbare Grenzprovinzen und sind in ihrem Wirtschaftsbestand und Kulturleben auf das empfindlichste geschädigt worden. Aber auch Pommern und Brandenburg, ehemals im Binnenland liegend, verloren Teile ihres Gebietes. Die Reichshauptstadt ist der neuen Grenze auf zwei Eisenbahnstunden nahegerückt. Aus dem Zusammenbruch entstanden, teils durch Zusammenlegung, teils aber auch durch Trennung der uns verbliebenen Restbezirke, neue Provinzen, und wieder zählen wir sechs, die nun Grenzland geworden sind: Ostpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Brandenburg, Niederschlesien und Oberschlesien.

Um ein Gebiet von der Größe Bayerns mit vier Millionen Menschen ist Deutschland im Osten geschmälert worden. Es handelt sich dabei nicht um erst kürzlich germanisiertes Land, sondern

um altdeutschen Kulturboden.

Ungeheure Wirtschaftswerte — wir denken an die agrarischen Ueberschußgebiete an Warthe und Weichsel sowie an die reiche Industrie Oberschlesiens — und Kultureinrichtungen ersten Ranges, Hochschulen und Forschungsinstitute in Posen, Bromberg und Danzig, Museen, Theater, ein vorbildliches Volksschulwesen, gingen verloren. Der Hauptteil fiel an Polen, doch auch Litauen und die Tschechoslowakei erhielten im Memelland und im Hultschiner Ländchen ihren Teil, und der Freistaat Danzig wurde gebildet, der diese seine Freiheit als eine schmerzliche Ironie zu empfinden gelernt hat. Dem Zwang politischer und wirtschaftlicher Verhältnisse folgend, wanderte eine Million Deutscher aus den entrissenen Ostmark ab, im kleineren Vaterlande eine neue Heimat zu suchen, ohne immer eine solche zu finden. Einsam und vielfach mit dem Gefühl, verlassen und verstoßen zu sein, harren noch etwa 600,000 Deutsche in ihrer alten Heimat aus. Für sie, die polnische Staatsangehörige geworden sind und als loyale Minderheit um weiter nichts als um das ihnen verfassungsmäßig verbürgte, aber nie wirklich gewährte deutsche Kulturleben ringen, vermag das Reich amtlich nur wenig zu tun, es sei denn, daß es in Verhandlungen von Staat zu Staat für gewisse Schichten — etwa die noch nicht liquidierten Ansiedler — Sicherheiten und Daseinsmöglichkeiten zu schaffen sucht. Dafür ist der freien Liebestätigkeit der reichsdeutschen Volksgenossen für ihre drüben duldenden und kämpfenden Brüder ein um so größerer Spielraum gegeben, ein Spielraum, freilich, der noch längst nicht ausgenützt wird, weil wirtschaftliche Not im eigenen Lager, aber auch Verständnislosigkeit und mangelnder Opferwille lähmend wirken. Ein Aufbau, ja die bloße Erhaltung deutscher Kulturgemeinschaft jenseits der Ostgrenzen wird davon abhängig sein, ob Deutschland seine Verbundenheit dorthin spürt und betätigt.

Das viel gescholtene Entschädigungsverfahren,

bezweckt nichts anderes, als der Million verdrängter Ostdeutscher, diesen Entwurzelten, die Wiedereingliederung in das völkische Wirtschafts- und Kulturleben zu ermöglichen. Die Abgeltung der Sachschäden ist bekanntermaßen oft so unzulänglich gewesen, daß von einem Wiederaufbau keine Rede sein kann und daß ein überraschend großer Teil der Verdrängten sozial um viele Stufen herabsteigen mußte. Bitter empfand man es, daß für den schlimmsten Verlust, den der bürgerlichen Existenz, des Berufes also, keine Abgeltung stattfand und daß auch die von Polen einbehaltene Emigrantensteuer bisher nicht zurückgezahlt worden ist. Der weitaus überwiegende Teil der Verdrängten sitzt eng gedrängt in den eingangs genannten gegenwärtigen Ostprovinzen, zählt also wieder zur Grenzlandbevölkerung und hat die ganzen Sorgen und Nöte der uns verbliebenen Ostmark mitzutragen.

Leidet jeder einzelne Deutsche unter Wirtschaftsnot, Teuerung oder Arbeitslosigkeit, so noch mehr der verdrängte Ostmärker, dem zugleich mit der Heimat die Stätte seines Schaffens, seine natürlichen und psychologischen Beziehungen genommen wurden, um in neue, oft für ihn schwierigste Verhältnisse hineingestellt zu werden. Am meisten aber leidet der in der heutigen Ostmark ansässig gewordene Verdrängte, weil er Bürger eines Gebietes wurde, dessen Sterbensnot — nicht übertrieben: Sterbensnot — viel zu spät in das Blickfeld der Allgemeinheit trat. Wenn die Oberpräsidenten und Landeshauptleute des Ostens die Not der ihnen anvertrauten Provinzen in Vorträgen, in Denkschriften und im Rundfunk hinausrufen, so ist das ein Zeichen dafür,

daß die letzte Stunde anbricht

und es nur noch ein Entweder — Oder gibt: entweder wirksame Hilfe, wirklicher Aufbau — oder endgültiges Siechtum und damit neuer Landverlust.

Wurden in Ostpreußen im Jahre 1924 1400 Hektar zwangsversteigert, so stieg diese Zahl innerhalb von 3 Jahren auf 40,000 und ist weiter angewachsen. Das seines Hinterlandes und seiner Wirtschaftsbeziehungen sowohl zum Reich als auch zum slawischen Osten beraubte Gebiet kann seine Menschen nicht mehr ernähren. Es entvölkert sich durch eine Abwanderung, die um so katastrophaler wirken muß, als sich drüben in Polen gewaltige Menschenmassen auftauen. Zählt Ostpreußen, das seit 1900 eine Viertelmillion Menschen abgegeben hat, nur noch etwa 60, die Grenzmark Posen-Westpreußen sogar nur einige 40 Menschen auf den Quadratkilometer, so finden wir in Polen die doppelte und dreifache Zahl. Von der zwangsversteigerten Fläche innerhalb ganz Preußens fielen 90 Prozent auf den Osten und nur 10 Prozent auf die anderen Provinzen. Ein Vergleich der Einkommensteuer des Ostens mit dem übrigen Deutschland ergibt, daß hier der Anteil um etwa 50 v. H. niedriger liegt als die Durchschnittszahl; dementsprechend zeigt der Osten die weitaus stärkste Verschuldung innerhalb Deutschlands. Die jährliche Unterbilanz allein der ostpreußischen Landwirtschaft beträgt rund 200 Millionen Mark. Oberschlesische Steinkohle, die über polnische Bahnen nach Gdingen geht, kostet etwas über 3 Mark je Tonne; solche, die auf nahezu gleicher Strecke über deutsche Bahnen nach Stettin geht, kostet über 9 Mark. Etwa 50 Milliarden Tonnen Steinkohlenvorräte sind uns in Oberschlesien durch die Grenzziehung verloren gegangen, während nur 8,67 verblieben sind. Fast 1000 Verkehrswege, Eisenbahnlinien, Chausseen und Landstraßen wurden durchschnitten.

Diese wenigen Zahlen mögen genügen, um ein Bild jener

Sterbensnot des Ostens

zu geben und die unbedingte Notwendigkeit seines Wiederaufbaues zu begründen. Nennen wir die Deutschen ein Volk ohne Raum, so ist unsere Ostmark ein Raum ohne Volk. Kein Zuschußgebiet, kein Schoßkind des Staates will der Osten sein; nur „rentabel" will er werden, d. h. sich innerhalb der deutschen Volkswirtschaft ohne dauernden Verlust der eigenen Substanz ernähren können. Siedlung, auch jetzt schon geübt, wird nur dann zum Ziel des deutschen Bauern- und Kulturwalles führen, wenn der Siedler wirtschaftlich lebensfähig ist. Für die 12,000 Menschen, die im letzten Halbjahr allein aus Ostpreußen abgewandert sind, kann keine Siedlung Ersatz schaffen. Es kommt darauf an, die Menschen im Lande, in ihrer Heimat zu halten.

Längst steht es fest und wurde auch von amtlichen Stellen mit eindeutiger Schärfe ausgesprochen, daß die letzte Ursache jener Sterbensnot

das Versailler Diktat

ist und daß sie in dem Augenblick enden würde, wo die Ostmark wieder uns gehört. Aber unabhängig von jeder politischen Betrachtung muß das ganze Volk, muß namentlich der Westen und der Süden in einer Einheitsfront stehen für die Erhaltung und den Aufbau seines Ostens. Von solcher Einheitsfront sind wir noch weit entfernt. Sie muß indessen geschaffen werden, weil Deutschlands Schicksal im Osten liegt und weil, wenn der Osten stirbt, auch Deutschland sterben muß.

12 Bergleute verbrannt.

Brüssel, Belgien. — Durch ein schlagendes Wetter wurden in dem Kohlenbergwerk Elouges nahe Mons in Belgien 12 Bergarbeiter verbrannt, während neun lebensgefährlich verletzt wurden.